

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 19

Köln, den 6. Mai 1932

33. Jahrg.

Der Weg der Autarkie. *Ausgabe A.*

Von Tag zu Tag zeichnen sich deutlicher die Linien der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ab. Zum zweiten Male in der Nachkriegszeit stehen wir nicht nur vor, sondern mitten in einer gewaltigen Zerstörung der Weltwirtschaft, des Welthandels, welcher erst nach der großen Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 aus den Trümmern der Kriegsjahre langsam und mühsam wieder aufgebaut werden konnte. Glaubte man in den ersten Nachkriegsjahren, daß die damalige wirtschaftliche Absperrung aller Länder gegeneinander eine typische Folge der Kriegswirtschaft und nur vorübergehende Erscheinung sei, so müssen wir jetzt nach allen erkennbaren Tendenzen damit rechnen, daß dieses rückwärtliche Prinzip das Wirtschaftsleben aller am Welthandel beteiligten Länder in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten beherrscht. Obschon wir als Holzarbeiter direkt mit dem Welt- und Außenhandel nur wenig zu tun haben, — der Anteil der Holzindustrie an der Gesamtausfuhr ist bekanntlich sehr gering —, müssen wir uns doch rechtzeitig über die Folgen der nationalwirtschaftlichen Absperrung, die seit einiger Zeit unter dem Schlagwort „Autarkie“ propagiert wird, klar sein. Denn die Autarkie hat nicht nur einen gewaltigen Einfluß auf unsere Exportindustrien, sondern indirekt in gleichem Maße auch auf die „Konsumgewerbe“.

Und das aus verschiedenen Gründen. Mit Recht fragt man sich heute, wie es komme, daß wir trotz aller Not und Entbehrung, trotz Sparpolitik und Reparationsersparnis noch nicht zu einer wenn auch nur geringen wirtschaftlichen Besserung gekommen sind. Auf diese Frage hört man unzählige Antworten. Am meisten heißt es, daß die Reparationen die Alleinschuld tragen. Sicher hat die Reparationslast in der Vergangenheit viel zu unserer jetzigen Not beigetragen; aber man macht es sich wirklich zu leicht, wenn man in ihnen den einzigen Grund für alles Unheil sieht. Wir wenden uns gegen weitere Tribute aus wirtschaftlichen Gründen, in der Hauptsache aus Gründen, die in unserer nationalen Ehre wurzeln. Aber daß die an sich richtigen und zweckmäßigen Gesundungsmaßnahmen der Reichsregierung ins Gegenteil verkehrt wurden, liegt auf ganz anderen Gebieten. Eine der wichtigsten Ursachen, wenn nicht die entscheidende, ist die langsame, aber fortwährende Zerstörung der Weltwirtschaft. Daß sie auf die katastrophale Lage einen maßgeblichen Einfluß gehabt hat und mehr noch haben wird, geht aus folgenden Erwägungen hervor.

Das Grundprinzip des heutigen Wirtschaftslebens ist die Arbeitsteilung, nicht nur in Betrieb, Beruf und Volkswirtschaft, sondern in gleichem Maße auch in der Weltwirtschaft. Jedes Land, jedes Volk, welches am Weltverkehr teilnimmt, beschränkt sich in mehr oder minder starkem Umfang auf die Produktion der Güter, für die es die günstigsten Vorbedingungen aufweist. Diese weltwirtschaftliche Arbeitsteilung hat sich in den letzten Jahrzehnten derartig entwickelt, daß Störungen, wie wir sie gegenwärtig erleben, notwendig zu gewaltigen Schwierigkeiten in allen beteiligten Ländern führen müssen. Diese Schwierigkeiten bestehen darin, daß jedes der sich gegenseitig absperrenden Länder zunächst einmal vor der Tatsache steht, einen Produktionsapparat zu besitzen, mit dem es eine Reihe von Gütern in Mengen herstellen kann, die den Eigenbedarf bei weitem überschreiten. Andererseits fehlen ihm natürlich die Möglichkeiten, gewisse Güter, die es dringend benötigt, selbst herzustellen. Wenn jedes Land sich gegen die anderen abschließt, dann kann ein Güteraustausch überhaupt nicht oder, wie es zurzeit noch der Fall ist, nur in ungenügendem Maße zustande kommen. In jedem dieser Länder zeigt sich infolgedessen auf Teilgebieten zunächst eine Überproduk-

tion, später ein teilweiser Stillstand des spezialisierten Produktionsapparates und damit Arbeitslosigkeit, die wieder zu einem Stillstand auch der übrigen Produktionszweige führt. Das Ganze wirkt sich aus in einem beträchtlichen Rückgang des Volkseinkommens und damit in einem Sinken der Lebenshaltung der breiten Massen. Auch bei uns in Deutschland ist es so, daß der Produktionsapparat auf Teilgebieten dermaßen ausgebaut ist, daß er eine beträchtliche Steigerung der Gütererzeugung ermöglicht. Grundbedingung ist nur, daß wir die Gütermengen, für die wir selbst keine Verwendung haben, austauschen können, und zwar gegen andere, dringend benötigte Produkte, die wir nicht haben, oder die im Auslande billiger und besser hergestellt werden.

Daraus ist auch zu ersehen, daß wir trotz aller Not, trotzdem das Lebenshaltungsniveau der großen Masse teilweise schon unter das Existenzminimum gesunken ist, von einer „Überproduktion“ sprechen können, einer Überproduktion, die in Wirklichkeit nur eine Unterkonsumtion ist. Sie wird dadurch bewirkt, daß andere Länder auf die Konsumtion der von uns zuviel hergestellten Güter zugunsten der stets sehr kostspieligen Heranzüchtung entsprechender eigener Produktionsstätten im eigenen Lande verzichten; und daß wir unsererseits zwangsläufig auf den Konsum der Produkte, die wir für unsere eintauschen könnten, verzichten müssen. So wie bei uns infolgedessen ein nicht unwesentlicher Teil des Produktionsapparates nicht voll ausgenutzt werden kann, genau so ist es in anderen Ländern. Der allgemeine Verzicht auf den billigsten Bezug des Großteils der gesamten Gütermenge führt zu verringerter Produktion. Verringerte Produktion aber bedeutet verringerte Konsumtion, bedeutet ein Sinken des allgemeinen Lebensstandards.

Auch Deutschland macht in dieser unsinnigen, internationalen Wirtschaftspolitik keine Ausnahme. Auch bei uns gibt es einen mit Subventionen und Zöllen auf Kosten der Lebenshaltung des ganzen Volkes künstlich emporgezüchteten Produktionszweig, nämlich den Teil der Landwirtschaft, den man gemeinhin als den ostelbischen Großgrundbesitz bezeichnet. Nur er ist es, dem die stark überhöhten deutschen Agrarschutzzölle nützen, denn der deutsche Bauer hat mehr Interesse an niedrigen Preisen für seine Rohstoffe als an hohen Brotgetreidepreisen, weil er für seine Edelproduktion weit mehr Futtermittel zukaufen muß, als er an Brotgetreide verkaufen kann. Die so bewirkte Überhöhung schädigt aber nicht nur die Veredelungswirtschaft der kleinen Bauernbetriebe, sie trifft auch die Lebenshaltung der gesamten deutschen Verbraucherschaft, die, wie wiederholt an dieser Stelle gezeigt wurde, die Erhaltung des ostelbischen Großgrundbesitzes jährlich mit 2—3 Milliarden Reichsmark bezahlen muß.

In den meisten Fällen, so auch von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, wird die Verwirklichung der Autarkie, der wirtschaftlichen Selbständigkeit aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ als Ergänzung zur militärischen Aufrüstung erstrebt. Es ist der Geist der Vorkriegspolitik mit seiner Völkerverhetzung, der hier wirtschaftlich seine Auferstehung feiert. Wirtschaftlich aber ist es eine alte Erkenntnis, daß für die meisten Staaten eine Autarkie heute überhaupt nicht mehr möglich ist, es sei denn, daß die Bevölkerung um 50% und mehr zurückgeht, und daß man sich mit einem äußerst geringen Lebensstandard begnügt. Zurzeit stehen wir mitten in der Entwicklung, daß die meisten Länder aus den verschiedensten Gründen auf vielen Teilgebieten eine weitgehende Selbständigkeit zu erreichen suchen. Bei seiner starken politischen und

wirtschaftlichen Abhängigkeit ergibt sich auch für Deutschland die zwingende Notwendigkeit, an dieser Entwicklung teilzunehmen und sich seinerseits auf immer mehr Teilgebieten selbständig zu machen. Den Beginn dieser zwangsläufigen Entwicklung zu Barbarei und Armut läßt die gegenwärtige deutsche Wirtschaftspolitik schon erkennen. Das führt zu wichtigsten Konsequenzen in allen deutschen Wirtschaftszweigen.

Beginnen wir mit der Industrie, dem wichtigsten Teil des deutschen Produktionsapparates. Deutschland ist nicht nur überwiegend Industrieland, unsere Industrie ist außerdem weitgehend spezialisiert, d. h. wir stellen mit unserem industriellen Produktionsapparat nicht alle denkbaren, sondern nur ganz bestimmte Industrieprodukte her. Vorbedingung für einen so spezialisierten Produktionsapparat ist natürlich die Möglichkeit eines unbeschränkten und allseitigen Warenaustausches von Land zu Land. Aus der Absperrung ergibt sich aber die Notwendigkeit, diese Spezialisierung wieder rückgängig zu machen, d. h. jeder Produktionszweig, jeder Betrieb muß auf den zu erwartenden deutschen Durchschnittsverbrauch abgestellt werden, da nur in wenigen Branchen mit einem beschränkten Export zu rechnen ist. Dieser Rückbildungsprozeß wird sehr langwierig und besonders für die Arbeiterschaft sehr schmerzhaft sein. Ungeahnte Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe werden die notwendige Folge dieses Prozesses sein und die deutsche Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hinaus belasten. Vor allem wird sich ein Großteil der Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre als Fehlinvestitionen darstellen.

Ein industrieller Produktionsapparat aber, der nur für den Inlandbedarf arbeitet, kann nur noch einen Teil der jetzigen Industrie- und Arbeiterbeschäftigten. Und darin liegen für uns die verhängnisvollsten Folgen der Autarkie. Tausende, wenn nicht Millionen bisherige Industriearbeiter werden, will man sie überhaupt arbeiten lassen, ihr Brot dann nur noch in der Landwirtschaft verdienen können. Sie müssen auf dem Lande, besonders in den Ostprovinzen angesiedelt werden, eine Entwicklung, deren Beginn wir gerade gegenwärtig erleben, deren Ausmaß in Zukunft aber noch weit größer sein muß. Das Ergebnis einer solchen Umgestaltung ist nicht schwer zu erkennen. Zunächst bedeutet Massensiedlung die Festlegung eines großen Teiles der verringerten Spargelder mit einem gegen heute wesentlich unrentableren Ergebnis. Denn die Verbauung eines Teiles des deutschen Volkes stellt sich im Hinblick auf das Volkseinkommen dar als eine absichtliche Minderung der Produktivität der Arbeit des verbauerten Teiles der jetzigen Industrie- und Arbeiterbeschäftigten. Die von so vielen aus den unwägbarsten Gründen gewünschte Verbauung bedeutet die Verewigung des jetzigen, katastrophal niedrigen Lebensstandards des deutschen Volkes, bedeutet die Unmöglichkeit einer zukünftigen fühlbaren und allgemeinen Wohlstandssteigerung.

„Der Zerfall der Weltwirtschaft — und es ist keine billige Phrase mehr, wenn man dieses Wort ausspricht — muß vorläufig und wahrscheinlich auf ziemlich lange Zeit zur Freisetzung eines Arbeiterheeres führen, das ungefähr der Gesamtbevölkerung von Polen entspricht.“ Eine solche Aussicht prophezeit die „Tat“, eine Zeitschrift, welche als wichtigste Befürworterin der deutschen Autarkie gelten kann. Dieser Satz beweist, daß sich die Anhänger der Autarkie durchaus darüber im klaren sind, daß eine solche Umgestaltung speziell auch der deutschen Volkswirtschaft die jetzige Massenarbeitslosigkeit zu einer dauernden macht. Dauernde Massenarbeitslosigkeit, verbunden mit ihren Weiterwirkungen auf das ganze Wirtschafts-geschehen, wird in Deutschland wie in den anderen Ländern die unabwendbare Folge jeder Rückbildung zur wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit sein.

Besonders für die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn sie die Abhängigkeiten und Beziehungen der deutschen Wirtschaft zum Auslande zu gering bewerten würde. Das wäre ebenso verhängnisvoll wie eine Überschätzung der deutschen Exportfähigkeit. Gewiß macht der Außenhandel nur 10—15 Prozent der gesamten Produktion aus. Aber auf diesen Anteil ist die ganze Wirtschaft, sind besonders große Industriezweige eingestellt. Die Exportfähigkeit ermöglicht es uns, für die ausländische Kapitalhilfe die notwendigen Zins- und Amortisationszahlungen aufzubringen und ohne Währungsschwierigkeiten in die Gläubigerländer zu übertragen; sie ist die Grundlage des deutschen Kredits im Auslande. Die weitere Aufgabe des deutschen Export-handels ist es, Gegenwerte für unbedingt notwendige Rohstoffe zu schaffen. Ohne Baumwolle, Wolle, Kupfer, Erze, Kautschuk usw. — ganz zu schweigen von den erforderlichen Nahrungsmitteln — wäre

die deutsche Wirtschaft in wichtigen Teilen lahmgelegt, könnte der Lebens- und Kulturbedarf nie gedeckt werden. Diese Unzahl von Produkten, welche sich in Deutschland zum großen Teil überhaupt nicht schaffen lassen, haben wir in den letzten Jahrzehnten in der Hauptsache durch hochwertige Arbeitsleistungen eingetauscht, durch Produkte, deren Wert zum größten Teil durch die Qualitätsarbeit bestimmt wird. Sobald uns mit oder ohne eigenes Verschulden diese internationale Tauschmöglichkeit von Arbeit gegen Rohstoffe genommen wird, wird zugleich ein bedeutsamer Teil der Arbeiterschaft auf die Dauer brotlos, werden alle übrigen Wirtschaftszweige auf den tiefsten Stand herabgedrückt. Deshalb ist es gerade für die deutsche Arbeiterschaft gefährlich, mit dem Gedanken der Autarkie überhaupt zu spielen.

Vielleicht wird man sagen, daß dieses Zukunftsbild zu trübe und schwarz gezeichnet ist. In der Regel stellt man sich doch die zukünftige Wirtschaftsbelebung als eine geradlinige Fortsetzung des Aufschwunges in den Jahren 1927—1929 vor. Diese Auffassung ist allein schon aus dem Grunde falsch, weil sie die Umwälzungen der letzten Jahre vollständig unberücksichtigt läßt. Mag eine Wirtschaftsbelebung auf Teilgebieten kommen, wie sie will, immer muß sie mit einem fast völlig zerschlagenen Weltmarkt rechnen. Das ist eine Tatsache, welche in absehbarer Zeit nicht wegzuleugnen ist. Wer an der dauernd zunehmenden Absperrung die letzte Schuld trägt, läßt sich im einzelnen nur schwer feststellen. Zweifellos hat die deutsche Agrarpolitik viel dazu beigetragen. Wenn wir unsere hochwertigen Industrieprodukte im Auslande verkaufen wollen — und wir müssen es aus den verschiedensten Gründen —, dann müssen wir vor allem auch den großen Agrarländern ihre Überschussprodukte abnehmen. Gerade Deutschland wird beim Übergang zur Autarkie den kürzesten ziehen. Selbstverständlich läßt sich heute noch nicht voraussagen, ob die Entwicklung in allen Einzelheiten so verläuft, wie es hier aufgezeigt würde. Das ist zum großen Teil von politischen Entscheidungen abhängig, die wir in der nächsten Zeit zu erwarten haben. Nach den gegenwärtig erkennbaren Tendenzen aber treiben wir mit den meisten Ländern immer mehr zu einer wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit, die für alle eine Verewigung der Armut und Massennot bedeutet. Mit Entrüstung wenden sich zwar viele Wirtschaftsorganisationen gegen den Autarkiegedanken; diese Abjage ist aber häufig nicht ernst gemeint; vielfach ist es so, daß sie alle autarkischen Bestrebungen der anderen ablehnen, für den eigenen Wirtschaftszweig aber einen in dieser Richtung wirkenden Schutz für lebensnotwendig halten. Diese Zwiespältigkeit hat sich besonders in den Resolutionen des Reichsverbandes der deutschen Industrie gezeigt. Hier beginnt die große Aufgabe der Arbeiterschaft. Sie muß mit allen Mitteln darauf dringen, daß die Bestrebungen der verschiedensten Interessenten auf mehr oder minder völlige wirtschaftliche Absperrung im Keime erstickt werden, daß sich die ganze Wirtschaftspolitik aus den Fesseln der Zoll- und Kartellinteressen löst. Hier liegt eine Aufgabe, deren mühevolle Bearbeitung sich bald lohnen wird.

Ist das nicht sozialreaktionär?

Im Deutschen Volksverlag München ist vor kurzem eine Broschüre erschienen, die den Titel „Der Wirtschaftsaufbau im dritten Reich“ trägt. Der Verfasser dieser Schrift, Dr. Pfaff, bezeichnet sich als Mitglied des „Reichswirtschaftsrats“ der NSDAP. Es ist deshalb mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Broschüre die Meinung der Parteileitung wiedergibt. Um so interessanter ist es, Vergleiche zwischen dem Inhalt der genannten Schrift und den Flugblättern und Versammlungsreden dieser Partei anzustellen. Die Tatsache der Doppeltzungigkeit der NSDAP wird hierbei offenbar und die von der Arbeiterschaft aufgestellte Behauptung, die NSDAP habe sich zum Verbündeten der Reaktion gemacht, glänzend gerechtfertigt. Zum Beweis einige Beispiele. Der Verfasser nimmt in der genannten Schrift, nachdem er den Wirtschaftsaufbau des „Dritten Reichs“ dargestellt hat, zur Vertretung der Arbeiterschaft in den Betrieben Stellung. Er schreibt auf Seite 14 u. a.:

„Wir werden somit innerhalb eines jeden Betriebes einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber vertreten sein müssen. Jeder in dem Werke arbeitende Beruf wird seine Vertreter entsenden, in gleicher Weise die Angestellten und die Arbeitgeber. Eine Parität kommt nicht in Betracht und ebensowenig können dort etwa Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse erfolgen.“

Die Behauptung, „die Hitlerbewegung ist für Betriebsräte und Arbeitervertretung“ erhält durch diese Ausführungen eine treffliche Illustration. Also eine Betriebsvertretung will man der Arbeiterschaft zugestehen, aber nur eine, die nichts zu sagen hat. Was nützt aber eine solche „Betriebsvertretung“, wenn sie keine Mittel besitzt, um die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und sie gegen Willkür in Schutz zu nehmen. Scheinbar ist man der Auffassung, daß im Dritten Reich die Menschen unter Mithilfe des Rasseamts zu Engeln geworden sind und dadurch ein wirksamer Schutz der wirtschaftlich Schwachen überflüssig ist. Wahrhaftig eine vortreffliche Wahrung der Arbeiterinteressen! Jedoch die Kämpfer fürs dritte Reich meinen es in der Lohn- und Gehaltsfrage noch besser. So heißt es auf Seite 18, nachdem zu der sogenannten Gleichmacherei seit 1918 in sehr oberflächlicher Form Stellung genommen worden ist, zur Frage des Existenzminimums wie folgt:

„Allerdings wird dieses sogenannte Existenzminimum im Einklang mit der Arbeitsleistung stehen müssen, oder, mit anderen Worten, wer nur das gerade denkbar geringste Maß an Arbeit leistet, der soll auch nur gerade sein Leben fristen können, er soll sich nicht darüber hinaus Annehmlichkeiten sichern können, die nur einem tüchtigeren und fleißigeren Arbeiter zukommen. Andererseits darf dann aber auch nach oben hin keine Grenze hemmen, hervorragende Leistung muß auch hervorragend bewertet und entgolten werden.“

Das ist also der Kampf gegen die Mammutgehälter in der Industrie. Nach oben darf keine Grenze hemmen. Die Löhne der Arbeiterschaft aber werden nach einem gewissen Tariffsystem vom noch zu schaffenden „Reichswirtschaftsrat“, der von den Betriebsräten, in denen es keine Parität gibt und keine Abstimmung, gewählt wird, diktatorisch festgelegt. Die letzte Entscheidung über einzelne Abstufungen fällt im Betriebe. Sieht so die Erhaltung des Tariffsystems aus? Besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Möglichkeit der Geltendmachung berechtigter Ansprüche durch eine Berufsvertretung nicht gegeben ist! Der Begriff Gewerkschaft ist, nach der Broschüre zu schließen, im Dritten Reich unbekannt. An den Plakatsäulen liest man anders. Da richtet sich der Kampf nicht gegen die Gewerkschaften, sondern nur gegen die roten und schwarzen Bonzen.

Aber das Wort von der „Arbeiterfreundlichkeit“ erhält erst seine volle Bestätigung auf Seite 21:

„Die Krankenversicherung ist grundlegend umzugestalten. Heute sind die Krankenkassen viel weniger eine Einrichtung zur Erhaltung der Volksgesundheit als vielmehr ein Hilfsmittel zur Heranzüchtung angeblicher Krankheitsfälle und gleichzeitig ein Mittel zur Demoralisierung der Ärzte sowohl wie der Kranken.“

Müssen diese Sätze nicht jeden Arbeiter mit Empörung erfüllen? Sie würden dem größten Scharfmacher Ehre machen. Jedoch, brauchen wir uns darüber zu wundern? Herr Hitler hat es ja bis heute schamhaft versäumt, auf die Fragen unserer Tageszeitung „Der Deutsche“ vom 11. 10. 31 eine Antwort zu geben. Hier die Fragen:

„Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind?“

Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Herz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerbrechen?“

Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen läßt?“

Die Schrift des „Reichswirtschaftsrats“ gibt uns die Antwort. Für die christliche Arbeiterschaft gilt es, auf dem Posten zu sein und die Launen und Gleichgültigen aufzurütteln. Es geht im Kampf gegen den Radikalismus, das beweist die Schrift wieder einmal ganz klar und deutlich, um die Zukunft und Rechte der deutschen Arbeiterschaft.

Gr.

Kölner Möbelmesse.

Die dritte große Möbelschau in diesem Jahre, die „Westdeutsche Möbelmesse“ wurde in Köln vom 17. bis 20. April veranstaltet. Leipzig, die alte Messestadt, berichtete über ein von Jahr zu Jahr stärkeres Anwachsen der Möbelmesse, die die Bereitstellung besonderer Räume notwendig machte. Berlin hatte seine Möbelschau in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm. Hier war das breite Publikum zur Bestätigung eingeladen. Und nun in Köln die „Westdeutsche Möbelmesse“ unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit; nur zu-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 1. bis 7. Mai 1932 ist der 19. Wochenbeitrag fällig.

Verlorene Bücher.

Nr. 2195, Wilhelm Horn; Nr. A 14 920, Rudolf Kuschel; Nr. 29 218, Michael Kunze; Nr. 327 501, Gustav Kröger; Nr. 317 516, Josef Kirchhoff; Nr. 318 880, Walter Lerch; Nr. 314 980, Josef Nonn; Nr. 275 680, Josef Seefried; Nr. 244 593, Christoph Siebert; Nr. A 15 493, Erich Schulz.

Diese Bücher sind für unglütig erklärt.

gänglich für Möbelhändler. Die Bedeutung der Kölner Möbelmesse erhellt aus der Feststellung eines an der Messeleitung beteiligten Fabrikanten, daß Westdeutschland rund 70% aller Möbelerzeugnisse aufnehme. Um so eher hätte das westdeutsche Publikum ein Recht darauf, sich in einer Schau über den neuesten Stand der Möbelarchitektur und der Qualitäten unterrichten zu lassen. Uns ist nicht bekannt, ob die Furcht der Möbelfabrikanten vor geschäftlichen Nachteilen oder die Angst der Händler vor einem etwaigen Verkauf von Möbeln direkt an Private die Ursache für den in Köln beobachteten hermetischen Abschluß von der Außenwelt war. Jedenfalls dürfte ein weniger luftdichter Abschluß, statt des letzteren aber der freie Zutritt breiter Käuferkreise viel eher eine Geschäftsbelebung herbeiführen, als diese von der Ausstellungsleitung beliebte Methode.

Die Ausstellung selbst war reich besichtigt. Insbesondere überwogen Küchen, die in einer verwirrend großen Zahl von Modellen vorhanden waren. Neben der immer noch begehrten Naturküche aus Carolina pin oder Kiefernholz waren Schleiflackküchen stark vertreten. Eine besondere farbige Note scheint diesmal Mode zu sein, und zwar grau und grün in allen Nuancen. Küchen mit Edelholzfurnituren in Kirschbaum, Ahorn und sonstigen geeigneten Holzarten, sowie die Eichenküche vervollständigten die Auswahl. Neben wirklich guten Modellen, die tatsächlich dem Charakter der Wohnküche gerecht werden, sah man auch unmögliche Frontaufteilung, die Küchenschrank und Anrichte nicht mehr als Gebrauchsmöbel, dafür aber als Karikatur eines solchen erscheinen ließen. Besonderen Wert hat die Küchenmöbelindustrie auf die Ausbildung der Inneneinrichtung der Schränke gelegt. Küchenrequisiten, als da sind Topfgarnituren, Holzlöffel usw., werden im Innern der Schränke, entweder an den Türen, oder in dafür eingerichteten Seitenkästen untergebracht. Die Bemühungen der Küchenmöbelindustrie, den Aufenthalt in der Küche so angenehm wie möglich zu machen, gehen aber noch weiter. So sah man bei einem der Modelle den Schrankfuß als Schubkasten ausgebildet, der zur Aufnahme des Schuhputzzeuges bestimmt war. Das Innere der Schränke zeigt fast keine unpräparierte Holzteile mehr. Statt dessen wird ein billiger Lino-leumersatz verwandt, der den Eindruck der Sauberkeit erhöht, dessen Lebensdauer aber nur beschränkt sein dürfte. Die Küche ist Gebrauchsmöbel. Dieser Charakter des Küchenmöbels muß jedoch nicht die Gediegenheit und Schönheit der Form unbedingt verhindern. Auch erscheint der der Mode huldigende schnelle Wechsel der Modelle Ausdruck unserer nervös überhasteten Zeit zu sein, und eine Rückkehr zur Einfachheit und Stabilität ist höchst wünschenswert.

Schlafzimmer waren neben Küchen die am stärksten vertretene Möbelgruppe. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Schlafzimmerelemente in ihren Abmessungen genau die entgegengesetzte Tendenz wie die Wohnzimmergrößen verfolgen. Je kleiner die letzteren werden — wir verweisen auf die zurzeit immer noch stark begönnerte Kleinstwohnung —, um so größer werden die Möbel. Die Möbelmesse zeigte sehr viele Modelle in Hochglanzpolitur neben den gediegenen und einfach wirkenden Eichenzimmern. Viel verwandt sah man exotische, überhaupt ausländische Holzarten. Die in der letzten Zeit stark propagierte Forderung, deutsches Holz für deutsche Möbel, hat, wie ersichtlich war, ihre Wirkung noch nicht getan. Außer gut gelungenen Kompositionen verschiedener Holzarten waren auch wirklich abschreckende Beispiele, die eine treffende Illustration dafür boten, wie es nicht gemacht werden soll, zu sehen. Bei Schlafzimmern ist die neueste Technik bereits in Dienst gestellt. Ein Kleiderschrank war mit drehbarem Mittelteil, das auf leichten Druck den Spiegel, bei weiterer Drehung Einteilungen für Leibwäsche freigab, versehen; ein anderer barg eine feuerfeste Kassette in Ge-

heimsch. Beschläge waren durchweg formschön und erhöhten eben dadurch die Gesamtwirkung.

Speise- und Herrenzimmer waren in zum Teil wuchtig und eindrucksvoll wirkenden Stücken vertreten. Die runde Wulstleiste und Kante beherrscht das Feld. Während diese Rundungen beim Speisezimmer hingenommen werden können und oft die Wirkung reizvoll erhöhen, wirken sie beim Herrenzimmer unnatürlich und gewollt künstlich. Die gerade scharfe Kante paßt hier viel besser.

Klein- und Beisatzmöbel, Stühle und Tische vervollständigten das gebotene Bild. Hier war manche praktische Neukonstruktion wahrzunehmen. Das Stahlrohrmöbel aber war so gut wie gar nicht anzutreffen. Polstermöbel waren reichlich vertreten und wiesen durchweg gefällige Formen auf. Die fabrikmäßige Herstellung ist, wie zu beobachten war, längst aus den Kinderschuhen heraus und mit guter Ware am Markt, die, das darf nicht vergessen werden, dann aber auch entsprechende Preise erfordert.

Der geschäftliche Erfolg der Westdeutschen Möbelmesse ist natürlich stark beeinflusst von der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die Aussteller selbst werden jedenfalls keine allzu großen Erwartungen an den Verlauf geknüpft haben. So hat man aber Enttäuschungen vorgebaut und die Stimmung vorbereitet, die nach Mitteilungen in der Tagespresse lautet: Angesichts der herrschenden Wirtschaftslage war das Geschäft besser als erwartet werden konnte.

Rundschau.

Verwaiste Arbeitsplätze. Das Institut für Konjunkturforschung führt laufend in 3500 Industriebetrieben mit rund drei Millionen Arbeitsplätzen Erhebungen durch. Diese Industrieberichterstattung ergänzt in wirkungsvoller Weise die deutsche Arbeitsmarktstatistik, da sie in viel feinerer Gliederung für etwa 190 Branchen Angaben über die Arbeitsplatzkapazität liefert. Allerdings ist bei einer Auswertung der Zahlen stets zu berücksichtigen, daß die vorhandenen Arbeitsplätze der Industrie auch in besten Konjunkturzeiten niemals zu 100 Prozent ausgenutzt sind.

Im Februar waren die vorhandenen Arbeitsplätze der Produktionsgüterindustrien zu 33,6 v. H. und in den Verbrauchsgüterindustrien zu 51 v. H. ausgenutzt. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet das einen recht erheblichen weiteren Rückgang der Beschäftigung, der für die Verbrauchsgüterindustrien etwa 10 v. H. und für die Produktionsgüterindustrien etwa 20 v. H. beträgt. Im Bereiche der Produktionsgüterindustrien ist die Beschäftigung in der Bauwirtschaft und im Fahrzeugbau mit 12 und 26,7 v. H. der Arbeitsplatzkapazität besonders schlecht. Die Kraftstoffindustrien (Stein- und Braunkohlenbergbau) erreichen noch immer eine Arbeitsplatzkapazität von ungefähr 60 v. H., während die Großisenindustrie, die Metallhütten und Walzwerke sowie die Elektrotechnik bereits auf einem Beschäftigungsgrad angelangt sind, der zwischen 50 und 40 v. H. liegt. Infolge der Dringlichkeit des Bedarfs an Verbrauchsgütern ist die Beschäftigung in den Verbrauchsgüterindustrienzweigen erheblich besser. Die Industrien für Hausrat und Wohnbedarf konnten im letzten Winter sogar als einzige Gruppe zeitweise eine Zunahme der Beschäftigung aufweisen, da viele Sparer die abgehobenen Sparbeträge zum Ankauf von Hausrat verwendet haben. Die Genussmittelindustrie und die Textilindustrie zeigen eine Beschäftigung von rund 62 v. H. der Arbeitsplatzkapazität. Für die Nahrungsmittelindustrien ergibt sich eine Besetzung der Arbeitsplätze von 57 v. H. Wesentlich stärker als in den übrigen Verbrauchsgüterindustrien ist die Beschäftigung in den Industrien für Kulturbedarf zurückgegangen. Zu dieser Gruppe rechnet das Institut für Konjunkturforschung Lederwaren, Pianos, photographische Apparate, Funkgeräte, Edelmetalle und Schmuckwaren, Spielwaren, Papierwaren und kosmetische Erzeugnisse. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt hier nur 37,1 vom Hundert der Arbeitsplatzkapazität.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bezirkshonferenz Krefeld. Der Bezirk Krefeld versammelte Vorstände und Vertrauensleute in Weeze zu einer Bezirkshonferenz. Die gut besuchte Tagung wurde von dem Kollegen v. d. Bogard-Weeze eröffnet und geleitet. Der Kollege Schick und Gauleiter Kollege Werder-Düsseldorf hatten die Vorträge übernommen.

Als erster ergriff unser Gauleiter das Wort. Er berichtete über „Die Lage des Verbandes im rheinischen Gau und im Bezirk“. Er

behandelte einleitend den Unterschied zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien. Parteien kommen und gehen, Bestand haben die Gewerkschaften. Der Verband lebt noch und sein Bestand ist bisher nicht gefährdet, trotz aller Angriffe und aller Bekämpfungen. Ausgehend von unserer heutigen politisch bewegten Zeit, schilderte er den Zusammenhang und die enge Verbundenheit von Gewerkschaft und Wirtschaft. Versprechungen können die Gewerkschaften wegen ihres Verantwortungsgefühls nicht machen. Der Kampf der sogenannten Wirtschaft gegen die Gewerkschaften, durch Bildung und Unterstützung von gelben Gewerkschaften, durch finanzielle Unterstützung einer willfährigen Wissenschaft, durch finanzielle Unterstützung einzelner politischer Parteien und durch Schaffung von Werkszeitungen wurde von dem Redner eingehend geschildert. Abschließend behandelte er die Lage des Verbandes in Gau und Bezirk.

Hinweisend auf die in Deutschland immer stärker werdende Reaktion gegen Tarif- und Schlichtungswesen, gegen Sozialpolitik und Sozialversicherung, gegen Betriebsrätewesen und alle sonstigen gewerkschaftlichen Errungenschaften, zeigte er die Unhaltbarkeit solcher Behauptungen, aber auch gleichzeitig die drohenden Gefahren für unsere Gewerkschaften.

Die ungünstige Wirtschaftslage und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit spiegelte sich in den Zahlen über Mitgliederbestand und Kassenverhältnisse wider. Wenn wir auch in Anbetracht der schlechten Zeit noch mit der Entwicklung unseres Verbandes zufrieden sein können, so dürfen wir doch nicht aufhören und stillstehen in der Werbearbeit für den Verband. Ganz besonders hat die Werbung unter der Jugend und die Bildung von Jugendgruppen zu erfolgen, damit die Tradition in unserem Verbands erhalten bleibt.

Nach einer eingelegten kurzen Pause referierte dann der zweite Vorsitzende, Kollege Schick, über das Thema „Unser Verband im Wirrwarr der heutigen Zeit“. Einleitend überbrachte er freundliche Grüße seitens der Zentrale und führte dann weiter aus:

„Wir leben augenblicklich in einer tolen Krisenzeit, die für uns als Gewerkschaftler stärkste Kraftentfaltung verlangt, wenn wir den Kampf siegreich bestehen wollen.“ Nach einem allgemeinen Überblick über die deutsche Wirtschaftslage kam er zum Kampf der Wirtschaft gegen die Arbeiterschaft und die gerechte Bewertung der Handarbeitsleistung zu sprechen. Die angeblichen Führer der Wirtschaft haben in letzter Zeit zu oft versagt. Der Staat hat wiederholt rettend eingreifen müssen, wollte er nicht die gesamte Wirtschaft versinken lassen. Das ganze Streben gewisser Wirtschaftsführer geht dahin, den Arbeiterstand zu unterdrücken. Diesem Streben der Gewaltherrschaft gilt unser Kampf. Nicht den Klassenkampf wollen wir, wir wollen jedoch als gleichberechtigte Menschen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anerkannt werden. Nicht Besitz oder akademische Grade machen allein den Wert des Menschen, auch die in harter Lebensschule erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten bilden eine wertvolle Grundlage für das Recht zum Aufstieg. Der Wille zum Aufstieg ist entscheidend für uns, und wenn jeder diesen festen Willen hat, dann wird der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft gelingen.“

Nach diesen Reden schilderten die einzelnen Vertreter die Lage in ihren Ortsgruppen. In bezug auf Erwerbstätigkeit entwickelte sich dabei ein trostloses Bild. Die allgemeine Aussprache zu den beiden Vorträgen zeigte so recht den Willen der Mitglieder, fest zusammenzustehen und für die Interessen unseres Verbandes und der Arbeiterschaft zu kämpfen. Die „Führung“ gewisser politischer Kreise und sogenannter Wirtschaftsführer wurde auf das entschiedenste abgelehnt. Einmütig war man der Auffassung, daß uns nur geholfen wird durch den Zusammenschluß aller eigenen Kräfte und durch unsere Standesvertretung.

Die lebhafteste Aussprache und die zahlreichen Fragen wurden vom Kollegen Schick in abschließenden Bemerkungen beantwortet, und nachdem der Kollege Werder sich noch einmal gegen das „Schlagwortsystem“ gewandt hatte, konnte der Vorsitzende mit Genugtuung die sehr rege und aufschlußreiche Konferenz mit dem Dank an alle Vertreter beenden. H. K.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Miller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche, Millimeterzelle 80 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Adm. Benloer Ball. 9. Telefonruf. West 5 15 46. — Redaktionsklub ist Samstag-Mittag.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 718 Köln.